

Verfehlte Personalpolitik geht zu Lasten von Kindern und Lehrkräften an Grund-, Mittel- und Förderschulen

BLLV- Mittelfranken spricht sich vehement gegen die geplanten Maßnahmen des Kultusministeriums gegen den Lehrermangel aus.

Bei der Bezirksvorstandssitzung des BLLV-Mittelfranken war der geplante Maßnahmenkatalog des Kultusministeriums zur Sicherung der Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen das beherrschende Thema. Seit Jahren warnt der BLLV davor, dass eine qualitätsvolle Unterrichtsversorgung mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften aus den Bereichen der Grund-, Mittel- und Förderschulen und auch im Fach- und Förderlehrerbereich nicht mehr gewährleistet werden kann, weil sich immer weniger junge Menschen für ein Lehramtsstudium dieser Schularten entscheiden. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Angefangen vom niedrigeren Einstiegsgehalt im Vergleich zu den Schularten Realschule und Gymnasium, über die seit Jahren immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen bis hin zu einer Vielzahl von zusätzlichen Aufgaben, wie beispielsweise Ganztags, Inklusion, Migration/Integration und Digitalisierung.

Hat das Kultusministerium den Ernst der Lage erkannt? Nach langjährig verfehlter Personalpolitik und der Tatsache, dass bisher ergriffene Maßnahmen wie die Möglichkeit der Zweitqualifizierung von Gymnasial- und Realschullehrkräften nicht in gewünschtem Maße greifen und auch die zusätzlich geschaffenen 700 Studienplätze für das Grundschullehramt an den Bayerischen Universitäten erst in 4 bis 5 Jahren Erfolg versprechen, werden nun Notmaßnahmen angekündigt, die dazu beitragen sollen, die Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Insbesondere geht es bei den geplanten Maßnahmen um die Einführung eines Arbeitszeitkontos für Grundschullehrkräfte, die Erhöhung der Mindestwochenstundenzahl bei Antragsteilzeit auf 24 und das Hinausschieben des frühestmöglichen Antragsruhestandes vom 64. auf das 65. Lebensjahr. Zudem wird die Möglichkeit gestrichen sog. Teilzeitmodelle (Sabbat-Modelle) zu beantragen.

All diese Maßnahmen führen zu einer noch wesentlich stärkeren Belastung der Lehrerinnen und Lehrer und wirken sich somit negativ auf die Unterrichtsqualität und die Bildung unserer Kinder und die Leistungsfähigkeit der betroffenen Lehrkräfte aus. Zudem droht die Ausfallquote derjenigen Lehrkräfte, die sich seit Jahren mit dem Mittel der Antragsteilzeit überhaupt noch in die Lage versetzen, ihre Lehrtätigkeit in den Schulen fortzusetzen, ohne gesundheitlichen Schaden zu nehmen, massiv anzusteigen. Jetzt diejenigen Lehrkräfte zu belasten, die in der derzeitigen Notsituation den Unterricht am Laufen halten, wirkt wie ein Schlag ins Gesicht. Kann das wirklich so gewollt sein? Wo bleibt hier die Fürsorgerpflicht des Dienstherrn?

Der BLLV-Mittelfranken zeigt für die nun geplanten Maßnahmen kein Verständnis, lehnt diese strikt ab und fordert umgehend zusätzliche mittel- und langfristige Maßnahmen! Dazu gehören insbesondere Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Lehrberufes an Grund-, Mittel- und Förderschulen und für Fach- und

Förderlehrkräfte. Es ist endlich an der Zeit, die Lehrerbildung in Bayern flexibel zu gestalten, um auf Schwankungen am Arbeitsmarkt für Lehrkräfte schnell und flexibel reagieren zu können. Der BLLV hat seit Jahren ein entsprechendes Ausbildungsmodell vorgelegt! Weiterhin müssen sich die Arbeitsbedingungen an Schulen für alle an Schulen Beschäftigte massiv verbessern. Auch hier machen wir seit Jahren konstruktive Vorschläge! Nicht zuletzt muss auch ein finanzieller Anreiz für die jungen Kolleginnen und Kollegen gegeben sein. Daher fordert der BLLV-Mittelfranken A13 als Eingangsbesoldung für alle Lehrämter.

M. Erlinger

1. Vorsitzender BLLV-Mittelfranken